

Aufruf zur Solidarität mit Lehrerinnen und Lehrern in Simbabwe

«Die Situation von Lehrerinnen und Lehrern in Simbabwe verschlimmert sich von Minute zu Minute», schlägt der Weltverband der Lehrpersonen Education International (EI) Alarm. Der LCH – Mitgliedsorganisation von EI – unterstützt den Aufruf zu Spenden für einen Solidaritätsfonds.

«Mit einem Minimallohn von 26 Billionen Simbabwe-Dollars, was nur zwei US-Dollars entspricht, gehören Lehrpersonen zu den am tiefsten bezahlten Berufsleuten im Land», schreibt Education International (EI) in einem «Urgent Action Appeal» vom 10. Februar 2009 an alle Mitgliedsverbände. Laut der Progressive Teacher's Union of Zimbabwe (PTUZ) hätten Eltern begonnen, Lebensmittel und Kleider für Lehrpersonen zu sammeln, um sie überhaupt in den Schulen zu halten.

Die grassierende Hyperinflation ist laut dem EI-Aufruf eine Wurzel des Übels. Ein alarmierender wirtschaftlicher Niedergang und die Weigerung der Regierung, auf die Lohnforderungen des Lehrpersonals einzugehen, hätten zu einer schulischen und humanitären Katastrophe geführt. Die Zimbabwe Teachers' Association, grösste Mitgliedsorganisation von EI im Lande, warnt vor einem totalen Zusammenbruch des Bildungssystems, da Tausende von Lehrpersonen in die Emigration getrieben würden. Von 150 000 Lehrerinnen und Lehrern, die 1995 an Zimbabwes Schulen tätig waren, seien 2008 noch deren 70 000 übriggeblieben, wovon 40 Prozent nur Teilzeitstellen hätten.

Die Cholera-Epidemie und die Hungersnot hätten das Bildungssystem zusätzlich belastet, schreibt EI. Die Regierung hatte diese Umstände als Grund für die Verzögerung des Schulbeginns im vergangenen Januar angegeben. Doch auch als die Schule am 27. Januar tatsächlich begann,

seien nur wenige Lehrpersonen an den Schulen erschienen – dies weil die Regierung daran festhielt, die Saläre in Simbabwe-Dollars auszuzahlen, ergänzt durch Gutscheine für den Grundbedarf. Die Lehrerverbände ZIMTA und PTUZ bestehen dagegen auf einer Bezahlung in US-Dollars. «Es braucht jede mögliche Hilfe, um die Lehrpersonen in Simbabwe zu unterstützen und die Arbeit der Gewerkschaften weiterzuführen», heisst es im Aufruf von Education International. Der Weltverband hat zu diesem Zweck einen speziellen Solidaritätsfonds gebildet. Der «Urgent Action Appeal» findet sich im Wortlaut auf www.ei-ie.org

Die Geschäftsleitung des LCH hat beschlossen, die Aktion von EI zu unterstützen, und bittet die Schweizer Lehrerinnen und Lehrer um Spenden. Der LCH wird diese Spenden an den Spezialfonds von EI weiterleiten und das Sammelergebnis aus dem LCH-Solidaritätsfonds um einen noch festzulegenden Betrag «aufrunden».

Dazu LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp: «Dieser Aufruf von Education International zeigt einmal mehr, warum wir bei EI Mitglied sind – aus Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern, denen es nicht so gut geht wie uns!»

hw

Spenden, die dem EI-Solidaritätsfonds für die Lehrerschaft in Simbabwe zugute kommen sollen, sind erbeten auf das Postkonto des LCH: 80-2623-0 (Kennwort «Simbabwe»)

Hauswirtschaft

Gemeinsamer Einsatz in drei Ländern

Kinder haben ein Recht auf Bildung zur Alltagsbewältigung sagen Expertinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.

An der Mitgliederversammlung der IG-HWPH (Interessengemeinschaft Hauswirtschaft an Pädagogischen Hochschulen/CH) im März 2008 wurde das Bedürfnis einer länderübergreifenden Fachtagung laut. Nach verschiedenen Absprachen und organisatorischen Abklärungen konnte diese Idee ein Jahr später mit vollem Erfolg umgesetzt werden.

Zum ersten Mal trafen sich Expertinnen und Experten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, um sich mit fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und fachpolitischen Aspekten und Diskursen in der Ernährungs- und Verbraucherbildung sowie aktuellen Entwicklungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu befassen: Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung (REVIS)/D, Ernährungs- und Verbraucherbildung in Österreich (EVA)/A, Hauswirtschaftliche Bildung für eine Gesellschaft im Wandel/CH. Sie verabschiedeten die «Münchener D-A-CH-Erklärung», in der die gemeinsamen Zielsetzungen und Forderungen für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Konsumbildung in den drei Ländern dokumentiert werden.

Die Kernforderung ist das Recht aller Kinder und Jugendlichen auf eine Bildung zur Alltagsbewältigung und -gestaltung, die eine selbstbestimmte und verantwortungsvolle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Voraussetzung dafür ist die Ausbildung von Ernährungs- und Gesundheitskompetenzen ebenso wie von Konsum- und Finanzkompetenzen. Dafür liegen von den Fachverbänden der drei Länder innovative Konzepte vor.

Zusätzlich zum fachspezifischen Austausch fanden die Mitgliederversammlungen IG-HWPH und HABIFO (Haushalt in Bildung und Forschung/D) statt. Nach zwei intensiven aber sehr wertvollen Tagen durfte die IGHWPH von den deutschen Kolleginnen und Kollegen bereits eine Einladung für das kommende Jahr entgegennehmen.

pd IGHWPH

Weiter im Netz

www.habifo.de – Die D-A-CH-Erklärung im Wortlaut

Hoffnung, aber noch wenig Besserung

Seit Willkürherrscher Robert Mugabe per 11. Februar 2009 die Macht in Simbabwe mit seinem Rivalen Morgan Tsvangirai teilte, keimt unter den 12,7 Millionen Bewohnerinnen und Bewohnern des katastrophal verarmten, von Cholera, AIDS und Hunger geplagten Landes Hoffnung auf – auch für das Bildungssystem. Unter dem neuen Erziehungsminister David Coltart sollen die Lehrpersonen nun gewisse Zahlungen in «hard cash», also US-Dollars erhalten haben, doch weit weniger als von den Gewerkschaften verlangt und mit Ungewissheit über weitere Lohnzahlungen, wie einer Meldung von ZimOnline («Zimbabwe's Independent News Agency», www.zimonline.co.za) zu entnehmen ist. Neue Streikdrohungen stehen deshalb im Raum. Zudem seien viele Schulen in der unterrichtslosen Zeit von Vandalen verwüstet worden.

hw